



## Verabschiedete Entschliessung

### Entschliessung zum Mittleren Osten

Der am 7. und 8. Dezember 2006 in Porto tagende Kongress der SPE äussert seine grosse Sorge in Anbetracht der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Situation im Mittleren Osten, und ganz besonders mit Blick auf die Konflikte im Libanon sowie zwischen Israelis und Palästinensern und deren Auswirkungen auf eine Region, die berechtigterweise Frieden, politische Stabilität sowie sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt anstrebt.

Als europäische Sozialisten und Sozialdemokraten lassen uns die Ursachen und Folgen der Gräueltaten sowie die Angst, die nun Palästinenser, Israelis, Libanesen und Iraker in die Knie zwingen, nicht gleichgültig. Die SPE verurteilt terroristische Handlungen und Organisationen aufs Schärfste. Die Situation hat sich derart verschlechtert, dass jetzt entscheidende und dringende Massnahmen unsererseits erforderlich sind, als Mitgliedstaaten der Europäischen Union und als Länder, die in der internationalen Staatengemeinschaft Engagement an den Tag legen.

Die SPE verfolgt die schwierige Situation im Libanon aus nächster Nähe. Die SPE ruft die politischen Entscheidungsträger und die Bürger im Libanon dazu auf, ihre Meinungsverschiedenheiten friedlich und demokratisch beizulegen, um die aktuellen Spannungen zu überwinden. Die SPE gibt der libanesischen Regierung ihre volle Unterstützung als Unterpfand demokratischer Fortschritte im Libanon. Die libanesische Regierung muss ihre Bemühungen fortsetzen, um das Land als freien und unabhängigen Staat wieder aufzubauen, ohne Bedrohungen und undemokratischen Praktiken ausgesetzt zu sein.

Die SPE verurteilt in aller Schärfe die Anwendung von Gewalt zu politischen Zwecken sowie die Angriffe und Ermordungen von Politikern und berühmten Persönlichkeiten. Das Ziel der Einsetzung eines Internationalen Gerichtes im Mordfall des ehemaligen Premierministers Rafik Hariri muss erreicht werden.

Die SPE ist davon überzeugt, dass der Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis in der internationalen Staatengemeinschaft oberste Priorität genießen muss. Das Existenzrecht Israels und das Recht, in Frieden und Sicherheit zu leben, muss von der internationalen Staatengemeinschaft sowie von sämtlichen Staaten und Akteuren in der Region voll anerkannt und gewährleistet werden. Ein überlebensfähiger Palästinenserstaat nach dem Grenzverlauf von 1967 sollte rasch nach Maßgabe der *Road Map* des Nahost-Quartetts errichtet werden.



Die SPE ist zutiefst beunruhigt über die Verschlechterung der wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Lage im Gazastreifen. Die jüngste Waffenruhe muss mit Blick auf die folgenden Aspekte zu einer neuen Situation führen: Wiederaufbau der Infrastrukturen; Personen- und Güterverkehr; verbesserte Dienstleistungen im Bereich Soziales und Gesundheitsfürsorge; Freigabe der von Israel blockierten Zollsteuern; Recht auf Sicherheit für die Einwohner des Gazastreifens und Stabilisierung der politischen Lage.

Die SPE unterstützt die gemeinsame Initiative von Gerona zum Mittleren Osten auf der Grundlage folgender Elemente:

- Sofortige Einstellung der Gewalt in Palästina und Israel,
- Schaffung einer nationalen Einheitsregierung in Palästina, die dann von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt wird,
- Austausch von Gefangenen, darunter auch der des vor einigen Monaten in Gaza entführten israelischen Soldaten, sowie der zahlreichen inhaftierten palästinensischen Minister und Abgeordneten,
- Wiederaufnahme eines politischen Dialoges zwischen Israel und Palästina, mit einem Treffen zwischen dem israelischen Premierminister, Ehud Olmert, und dem Palästinenserpräsidenten Abu Mazen,
- Entsendung einer internationalen Beobachtermission nach Gaza, um die Waffenruhe zu festigen,
- Erweiterung des Konsensdenkens in internationalen Gremien und Foren, und Organisation einer Friedenskonferenz zum Mittleren Osten mit klaren Verpflichtungen zwischen den beteiligten Parteien.

Die SPE fordert die Europäische Union auf, bei den Bemühungen für Frieden und Dialog in dieser Region eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Europa und seine Institutionen sind dem Friedensprozess im Mittleren Osten zunehmend verpflichtet und daran beteiligt, wie UNIFIL und EUBAM in Rafah belegen. Der Prozess muss nun die Beteiligung von mehr Ländern und politischen Formationen vorsehen und neue Stimmen wiedergeben, die sich energisch Gehör verschaffen. Wir schlagen vor, dass der im Rahmen der Euromed-Initiative aufgenommene politische Dialog unverzüglich von der Europäischen Union reaktiviert wird, damit er zur Lösungssuche für die Schaffung von dauerhaftem Frieden und Dialog und für die Weiterentwicklung der gesamten Region beiträgt. Der Barcelona-Prozess bedeutete für die Europäische Union einen Wendepunkt angesichts der zahlreichen Kooperationsherausforderungen in Bezug auf Menschenrechte, Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Demografie sowie Zusammenarbeit in Kultur und Wirtschaft, die mit dem Mittelmeerraum und euro-afrikanischen Regionen besteht.

Die SPE ruft zu einem verstärkten Dialog mit der arabischen Welt auf. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass die Initiative der Allianz der Zivilisationen vertieft wird, um auf Nationalismus, Fundamentalismus und religiösen Unterschieden fußende Konflikte zu vermeiden, während im Gegensatz dazu kulturelle Vielfalt Bestandteil unseres Welterbes ist.

Die SPE wird eine hochrangige Gruppe zum Mittleren Osten für die Förderung dieser Visionen einsetzen, um eine neue Ära der Stabilität und des Wohlstands in einer demokratisierten Region einzuläuten. Die SPE unterstützt Kampagnen, um die SPE-Aktivisten daran zu beteiligen.

Die SPE bekundet ihre Unterstützung für alle demokratischen Kräfte in der Region, die sich für Gerechtigkeit, Menschenrechte, offene Gesellschaften und progressive Werte einsetzen und wird eine enge Zusammenarbeit mit der SI und ihren Schwesterparteien in der Region führen.

